

Sehr geehrter Herr Obermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeisterinnen, sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Gemeinderatskolleginnen und Gemeinderatskollegen und nicht zuletzt sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer!

Anfang dieses Jahres hatten die meisten von uns die Hoffnung, dass wir uns langsam von den *notwendigen* Beschränkungen der **Pandemie** befreien können und uns wieder den wichtigen Aufgaben der Politik in Stadt und Land widmen können. Umso größer das Entsetzen, dass ein **Krieg in unserer Nachbarschaft** geführt wird. Ein Krieg, der durch nichts zurechtfertigen ist! Ein Krieg der Elend und Leid vor allem den Menschen in der Ukraine bringt, aber auch in anderen Teilen der Welt Hunger verursacht. Zur Vermeidung von diesem Hunger, besonders in Afrika, wäre ein Wums-Paket oder ein Sondervermögen von 100 Mrd.€ sehr sinnvoll. Dadurch wird auch deutlich, wer die Knappheit an Getreide nicht zu seinem Vorteil nutzen will.

Der Hunger treibt viele zur Flucht, die dann auch zu uns kommen. An dieser Stelle möchten wir der Stadtverwaltung Dank sagen, dass sie mit viel Engagement und auch mit Erfolg sich um die Aufnahme und Unterbringung der Flüchtlinge gekümmert hat. Diese Aufgabe ist noch nicht beendet und wird uns noch lange herausfordern.

Der Krieg gegen die Ukraine erfordert Gegenmaßnahmen, die auch von uns in Deutschland Einiges abverlangt.

Mit dem Wegfall eines billigen Energielieferanten sollten Allen zwei Punkte klar geworden sein:

Erstens es ist keine gute Idee grundlegende **Versorgung** nach dem Prinzip des Marktes zu regeln, d.h. die Ware möglichst **billig** zu bekommen und den Aspekt der **Vorsorge** außer Acht zu lassen. Um wirkliche Vorsorge zu betreiben, sind staatliche Maßnahmen nötig.

Zweitens müssen wir darunter leiden, dass jahrelang über die „**Energiewende**“ geredet wurde, diese aber nicht nachvollziehbaren Argumenten blockiert wurde.

Die deutsche und europäische Wirtschaft muss deshalb einen radikalen Kurswechsel in Richtung Energie-Einsparung und klima-neutralen Energieträgern vollziehen. Dies darf aber nicht auf den Rücken der Geringverdiener erfolgen, denn gerade die Grundbedürfnissen „Lebensmittel“ und „Energie“ verteuern sich besonders stark. Die Maßnahmen der Bundesregierung, die sich am Horizont abzeichnen, sind aber noch zu breit gestreut. Die Kommunen haben nur wenige Möglichkeiten an diesen Punkten zielgerichtet gegenzusteuern.

Diese Sachverhalte beschreibt einige der Rahmenbedingungen unter denen die Haushalte der Stadt Ludwigsburg der nächsten Jahre stehen werden.

Zunächst noch ein **Rückblick auf wichtige Weichenstellungen** des zu Ende gehenden Jahres:

Als erstes möchte ich die grundlegende Entscheidung für die **Stadtbahn in Ludwigsburg** nennen. Auch wenn eine vollwertige Stadtbahn durch die Innenstadt nur eine Option ist, so werden hiermit doch wesentlich Maßnahmen zu einer umweltverträglichen Mobilität ergriffen. Bei diesem Projekt geht es nun hoffentlich zügig weiter, wozu wir morgen im Mobilitäts- und Umweltausschuss Näheres hören werden.

Der zweite Punkt ist das Großprojekt **Bildungszentrum West**. Wir werden uns mit diesem Projekt noch einmal in der heutigen Gemeinderatssitzung beschäftigen.

Nur so viel vorweg: Wir, die Linke, sind uns bewusst, dass dieses Projekt die Investitionstätigkeit der Stadt in den nächsten Jahren bestimmen wird. Es gilt aber auch: Es werden notwendige Maßnahmen, sogenannte „technische

Schulden“, die wir, die Stadt, seit Jahren vor uns hergeschoben haben, nun in monetäre Schulden umgewandelt. Es handelt sich somit eigentlich nur um eine Umschuldung in den für alle sichtbaren Finanzbereich.

Vor diesem Hintergrund ist es zu begrüßen, dass die Stadt im Bereich Hochbau weitere notwendige Sanierungsmaßnahmen auf den **Weg zur Klimaneutralität** zusammengestellt hat. Dadurch werden weitere solcher technischen Schulden aufgezeigt. Sie werden insgesamt sehr grob auf bis zu 1 Mrd. € geschätzt. Es ist offensichtlich, dass diese Kosten nur mit weiterer finanzielle Unterstützung von Bund und Land zu meistern sind.

Jenseits des Aspekt Klimaschutz gilt: Auch wenn die Erdgaspreise gerade wieder etwas gesunken sind, so bringen die Gebäudesanierungen unter dem Gesichtspunkt der Energieeinsparungen auch in Zukunft finanziell Erleichterungen und entlasten den Ergebnis-Haushalt.

Das Thema **Mobilität** wird für die Stadt ein immer drängenderes Problem: Es sind nicht nur die Schadstoff-Belastungen - bei denen die Ludwigsburger Luft die Grenzwerte nun gerade so einhält - , die zum Handeln zwingen. Viel mehr Problem bereitet inzwischen die schiere Verkehrsmenge, die uns immer wieder Stillstand beschert. Der „Mobilitätsplan 2030+“, der in diesem Jahr als Teil des Stadtentwicklungskonzepts erarbeitet wurde, ist da eine gute Zielvorgabe. Ein Bekenntnis des Gemeinderats zu diesen Plan ist wichtig und nicht nur die reine Kenntnisnahme.

In den letzten Jahren waren die **verkaufsoffenen Sonntagen** für die Innenstadt-Bewohner aber auch für die Besucher sehr ärgerlich. Die Autos stauten sich in vielen Straßen auf der Suche nach einem Parkplatz. Sehr gefreut hat uns, dass unser Antrag vom letzten Jahr den Busverkehr an diesen Tagen als Alternative attraktiver zu machen, nun im neuen Haushalt Eingang gefunden hat.

Ein Ziel muss es sein, unsere Besucher auf anderen Wegen als mit den eigenen Autos nach Ludwigsburg zu führen.

Der **Zentrale Omnibusbahnhof** ist eine entscheidende Schnittstelle beim Übergang von Schiene zum Busverkehr. Dessen Umbau soll nun endlich angepackt werden mit genaueren Planungen und Ermächtigung für Ausgaben im Folgejahr. Bei diesem Vorhaben machen notwendige Sanierungsmaßnahmen für den Tunnel unter dem Omnibusbahnhof einen großen Teil der Kosten aus. Wieder sind es „technische Schulden“, die längst da sind, aber für die Finanzwelt nicht sichtbar sind.

Den Antrag der Verwaltung den **Gewerbsteuerhebesatz** auch im Jahr 2024 und folgende Jahre bei 295 Punkten zu belassen und nicht wieder abzusenken, unterstützen wir. Die großen finanziellen Herausforderungen, die in den nächsten Jahren auf die Stadt zukommen, habe ich beschrieben, gleichzeitig soll auch die Schuldenaufnahme möglichst klein bleiben. Da ist die Beibehaltung des Hebesatzes das Mindeste, was zu erwarten ist. Fast hätten wir, die Linke, den Antrag den Gewerbesteuerhebesatz beizubehalten gestellt, aber dann wären wir die bösen Buben. So legt die Verwaltung überzeugend die Notwendigkeit dar.

Auf Grund der angespannten Haushaltslage und den Investitionen vor allem in die richtigen Projekte für die Bildung und Mobilität sehen wir, die Linke, dieses Jahr von Anträgen zum Haushalt ab.

Zum Schluss möchte ich den Beschäftigten der Stadt danken für Ihre Arbeit in diesem schwierigen Jahr und hoffe, dass wir mit dem Haushalt eine Grundlage schaffen, damit sie weiterhin eine gute Arbeit leisten können. Wir werden uns auch dafür einsetzen, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.